Bericht über die Sitzung des Gemeinderates am 27.11.2024

Entschuldigt: Stadträte Dr. Bernd Eifert und Theresa Röser

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2025 der Stadt Neresheim und des Wirtschaftsplans des Eigenbetrieb Wasserversorgung

Haushaltsrede von Bürgermeister Häfele zur Einbringung des Haushalts:

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Vertreter der Presse,
mit dem Motto „Das Härtsfeld – mehr Heimat geht nicht“ sind wir vor 11 Monaten in das Heimattagejahr gestartet. Ein besonderes und unvergessliches Jahr für unsere Stadt liegt nun fast hinter uns. In diesem Jahr wollten wir Baden-Württemberg zeigen, wie schön unsere Heimat, das Härtsfeld, ist. Aber wir haben in diesem Jahr weit mehr gezeigt. Wir haben gezeigt, wie leistungsfähig unsere Stadt ist. Wie stark unser Ehrenamt und unsere Vereine sind, welche innovativen Unternehmen bei uns zuhause sind und wie begeisterungsfähig unsere Bevölkerung sein kann. Und so können wir kurz vor dem Abschluss der Heimattage voller Stolz sagen, dass es äußerst erfolgreiche Heimattage waren.

Nun beginnt in wenigen Tagen ein neues Jahr. Ebenfalls ein besonderes. Es ist ein Jahr voller Jubiläen. 675 Jahre Stadtrecht, 50 Jahre Gesamtstadt, 275 Jahre Grundsteinlegung der Abteikirche, um nur einige der vielen Jubiläen zu nennen.

Beide Ereignisse, also das Heimattagejahr sowie unsere stolze Stadtgeschichte, zeigen eindrucksvoll, was unsere Stadt im Stande ist, zu leisten, wenn wir zusammenhalten und die Herausforderungen mutig anpacken. Und natürlich stehen unser Land, der Landkreis und auch unsere Stadt im Moment vor großen Herausforderungen, die sich auch in diesem Haushalt spiegeln, den wir heute einbringen. Aber auch diese werden wir meistern, da bin ich mir sicher.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir bringen heute einen Haushalt ein, der bewusst in die Zukunft investiert und der seine Schwerpunkte auf die Bildung, Digitalisierung und auf unsere Kinder legt. Einen Haushalt, der ausgewogen ist, zwischen der Kernstadt und den Teilorten. Der die Megathemen anpackt, aber auch das Notwendige im Kleinen nicht vergisst.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir es erneut nicht schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt einzubringen. Damit sind wir jedoch nicht allein, denn kaum eine Gemeinde oder Stadt bekommt dies mehr hin. Sogar der Landkreis ist mittlerweile davon betroffen.

Im vergangenen Jahr hatten wir ein ordentliches Ergebnis von minus 3,84 Mio. Euro. In diesem Jahr haben wir trotz der massiven Erhöhung der Kreisumlage und einer Steigerung der Personalkosten um 1 Mio. Euro „nur“ ein Minus von 2,8 Mio. Euro. Das ist kein Grund, in Jubel auszubrechen. Jedoch macht es schon ein wenig Hoffnung für die nächsten Jahre.

Dennoch sind Bund und Land gefordert die Kommunen endlich finanziell so auszustatten, dass sie wieder leistungsfähig sind und ihre Aufgaben erfüllen können!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
bevor ich zu den großen Investitionsmaßnahmen des kommenden Jahres komme, lassen Sie mich noch einen kurzen Blick auf die Eckpunkte des Haushalts 2025 werfen:

Das Gesamtvolumen beläuft sich auf rund 41,2 Mio. Euro (rund 28,1 Mio. Euro Aufwendungen + 13,1 Mio. aus Investitionstätigkeit).

Wo liegen aber die Schwerpunkte im kommenden Haushaltsjahr?

Wie bereits in diesem Jahr, bilden der Kindergartenneubau, die Sanierung der Härtsfeldschule sowie der Breitbandausbau die großen Brocken im Haushalt.

Auf diese drei Projekte möchte ich nachfolgend besonders eingehen:

Der Kindergartenneubau:

Der Gemeinderat hat in einer Sondersitzung im August 2023 den Bau einer 5-gruppigen Kindertagesstätte auf der Sohlhöhe beschlossen. Dies war dringend notwendig, da wir für rund 80 Kinder keinen Kindergartenplatz anbieten können. Am 26. Februar starteten wir mit dem Spatenstich und den Bauarbeiten und bereits am 03. Juli konnten wir Richtfest feiern. Nach wie vor liegen wir gut in der Zeit und planen die Eröffnung der neuen Einrichtung für Mai 2025. Die neue Kita wird 5 Gruppen haben und eine Betreuung in 2 Krippengruppen und bis zu 3 altersgemischten Gruppen anbieten. Damit können wir dann endlich jedem Kind in unserer Stadt einen Kindergartenplatz zur Verfügung stellen. Insgesamt wird der Neubau rund 3,4 Mio. Euro kosten. Dem gegenüber steht eine Förderung von 1,4 Mio. Euro. Für das kommende Haushaltsjahr sind für die restlichen Arbeiten 1,1 Mio. Euro eingeplant. Damit können wir eines der großen Projekte im kommenden Jahr abschließen. Auch das Personal wurde bereits gefunden und eingestellt.

Die Sanierung der Härtsfeldschule:

Unsere Härtsfeldschule ist stark in die Jahre gekommen und hat daher dringenden Sanierungsbedarf. Die letzten Sanierungsmaßnahmen liegen lange zurück. Auch die Schülerzahlen haben sich stark nach oben entwickelt, von 700 auf heute 900 Schüler. Hinzu kommt, dass die „Alte Schule“ ebenfalls erheblichen Sanierungsbedarf aufweist und daher in das Schulzentrum integriert werden soll. Hierzu sind wir bereits im vergangenen Jahr mit einer Machbarkeitsstudie in die Planung eingestiegen. Kostenschätzungen belaufen sich demnach auf rund 18,6 Mio. Euro. Damit ist diese Maßnahme die größte der vergangenen Jahrzehnte.

Die Aufträge an den Architekten und die Fachplaner sind zwischenzeitlich über ein aufwendiges VgV-Verfahren vergeben. Jedoch wurden in diesem Jahr durch die Hiobsbotschaft, dass die Statik-Pläne und die Realität nicht miteinander übereinstimmen, massiv ausgebremst. Die ursprüngliche und charmante Planung, die Härtsfeldschule aufzustocken, hat sich leider zerschlagen und wir mussten nochmals komplett umplanen. Nun sind verschiedene Anbauten geplant. Hierzu sind wir im intensiven Austausch mit der Schulleitung und Lehrerschaft. Besonders schwierig gestaltet sich im Moment die Abstimmung hinsichtlich des Raumbedarfs und der Fördermittel aus Ausgleichsstock und Schulbauförderung.

Dennoch sind wir zuversichtlich, dass wir im kommenden Jahr mit der Sanierung starten können. Hierzu haben wir im Haushalt 2025 rund 2,6 Mio. Euro eingeplant. Ebenso rechnen wir im kommenden Jahr mit Fördermitteln in Höhe von 800.000 Euro. Die Sanierungsarbeiten werden sich über mehrere Jahre strecken und voraussichtlich erst im Jahr 2029 abgeschlossen sein.

Darüber hinaus haben wir zusätzlich auch für die Grundschule Elchingen 200.000 Euro im Haushaltsentwurf eingeplant, um hier den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung umzusetzen. Also auch an diesem Schulstandort investieren wir in Bildung und Betreuung.

Breitbandausbau:

Der Breitbandausbau in der Gesamtstadt Neresheim läuft auf Hochtouren. Das sog. „Weiße-Flecken-Programm“ mit einem Volumen von 7,3 Mio. Euro ist fast abgeschlossen und die Inbetriebnahme steht unmittelbar bevor. Hierdurch wurden 231 Haushalte an das Glasfasernetz angeschlossen und insgesamt 20 km Lehrrohrtrassen verlegt.

Nun schließt sich das „Graue-Flecken-Programm“ (hellgrau sowie dunkelgrau) nahtlos an. In diesem Programm werden 1.380 Hausanschlüsse mit Glasfaser versorgt. Das Investitionsvolumen liegt bei fast 13,1 Mio. Euro. Auf Neresheim entfällt ein Eigenanteil von mindestens 10 %, also 1,7 Mio. Euro. Im Haushaltsjahr 2025 haben wir hierfür Ausgaben von 2,76 Mio. Euro eingeplant. Dem stehen Fördermittel von Bund und Land von 1,8 Mio. im Haushaltsplan gegenüber. Die übrigen Projektkosten werden in den Folgejahren 2026 und 2027 anfallen.

Aber auch weitere Themen sind im Haushaltsentwurf zu finden.

Baulandentwicklung:

In den vergangenen Jahren haben wir den Fokus sehr stark auf die Baulandentwicklung in den Teilorten gelegt. Dies halte ich auch für unverzichtbar. Nur so halten wir unsere Teilorte lebendig und aktiv. Und Beispiele zeigen ja, welche negativen Folgen es hat, wenn über viele Jahre oder sogar Jahrzehnte dort keine Bauplätze mehr geschaffen werden. Junge Familien ziehen weg. Kindergarten und Grundschule geraten in Schwierigkeiten und unsere Vereine finden keinen Nachwuchs mehr und überaltern. Ich bin daher zutiefst davon überzeugt, dass wir auch weiterhin Baugebiete ausweisen müssen. Auch und gerade in den kleineren Teilorten.

Nachdem im Jahr 2018 in Elchingen und Ohmenheim, 2019 in Neresheim, 2021 in Schweindorf und 2023 in Dorfmerkingen Baugebiete erschlossen wurden, freut es mich, dass wir vor wenigen Wochen den Spatenstich für ein neues Baugebiet in Elchingen durchführen konnten. Die Erschließungsarbeiten gehen zügig voran und parallel findet bereits die Vergabe der Bauplätze statt. Für die Erschließung des Baugebiets „Großkuchener Weg Nord III“ sind im Haushalt 2,3 Mio. Euro eingeplant. Dem stehen über die nächsten Jahre die Einnahmen über den Bauplatzverkauf gegenüber.

Aber nicht nur in Elchingen, sondern auch in Kössingen wollen wir im kommenden Jahr ein Baugebiet umsetzen. Nachdem wir in den letzten Jahren die ehemalige Sargfabrik aufgekauft und mit Unterstützung von ELR-Mitteln abgebrochen haben, soll nun das Baugebiet „Taläcker“ erschlossen werden. Für diese Erschließung sind rund 825.000 Euro im Haushalt eingeplant.

Zudem sind rund 100.000 Euro für Bebauungspläne in Neresheim, Ohmenheim, Stetten und Schweindorf im Haushalt 2025 enthalten. Auch hier wollen wir in kommenden Jahren weitere Baugebiete verwirklichen.

Was wir dabei jedoch nicht vergessen dürfen, ist die Innenentwicklung. Gerade in der Kernstadt in Neresheim besteht erheblicher Bedarf und mich ärgert es sehr, dass wir in der Innenstadt noch immer keinen Weg gefunden haben, die Innenstadt baulich wieder attraktiver zu machen. Mit Projekten wie dem „Blühenden Neresheim“, den Heimattagen Baden-Württemberg oder dem Sommerspielplatz ist es zwar gelungen, wieder neues Leben temporär in die Stadt zu bringen, jedoch sind bauliche Aufwertungen bislang nicht möglich gewesen. Die Altstadtsanierung liegt fast 45 Jahre zurück. Daher arbeiten wir verwaltungsintern im Moment daran, uns für das Landessanierungsprogramm zu bewerben.

Ausstattung Feuerwehr:

Für die Feuerwehr haben wir in diesem Jahr drei Fahrzeuge beschafft. Dies zeigt, wie wichtig uns eine gut ausgestattete Wehr ist. Erst vor wenigen Tagen traf das neue Mittlere Löschfahrzeug (MLF) für die Abteilung Ohmenheim für 380.000 Euro vor Ort ein. Bereits zu den Neresheimer Blaulichttagen konnten zwei MTWs an die Feuerwehr übergeben werden. Für ein TLF für die Abteilung Neresheim wurden Kosten von 330.000 Euro in den Haushaltsentwurf 2025 aufgenommen. Als Anzahlung haben wir in diesem Jahr schon 150.000 Euro geleistet. Dem gegenüber stehen Fördermittel in Höhe von 84.000 Euro. Auch in den nächsten Jahren werden wir die Ersatzbeschaffungen bei den Fahrzeugen fortsetzen. Im Bereich der Feuerwehr steht uns mit der Sanierung des Feuerwehrgerätehauses in Neresheim eine weitere Herausforderung vor der Tür. Zwar ist diese noch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung dieses Haushalts zu finden, jedoch wird die Sanierung mittelfristig notwendig.

Sanierung Hallenbad Neresheim:

Im vergangenen Jahr befanden sich die Kosten für eine Sanierung des Hallenbads im Haushalt. Leider wurde das dafür dringend benötigte Förderprogramm vom Bund gestrichen. Damit ist die Generalsanierung für 4,9 Mio. im Moment undenkbar geworden. Daher haben wir im Haushaltsentwurf keine Mittel für die Hallenbadsanierung eingestellt. Wir appellieren an Bund und Land hier dringend entsprechende Förderprogramme aufzulegen.

Darüber hinaus finden sich im Haushalt rund 200.000 Euro für den Gehweg entlang der Riffinger Straße in Dorfmerkingen. Nachdem hier im nächsten Jahr die Kreisstraße vom Landkreis saniert wird, ist es absolut sinnvoll, diese Maßnahme nun gemeinsam durchzuführen.

Ebenso finden sich im Haushalt Mittel in Höhe von 30.000 Euro für einen Mountainbike-Park in Neresheim. Dieses Projekt versuchen wir bereits seit mehreren Jahren umzusetzen. Leider zerschlug sich immer wieder der Standort aus verschiedenen Gründen. Nun haben wir ein passendes Grundstück in Neresheim gefunden. Wir sollten im kommenden Jahr dieses Projekt endlich umsetzen, um auch der Jugend in unserer Stadt zu zeigen, dass uns ihre Meinung wichtig ist und wir ihre Wünsche ernst nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
dies sind die großen Investitionen, die im nächsten Jahr geplant sind. Insgesamt haben wir unglaubliche 13,1 Mio. Euro für Investitionen im Haushalt 2025 eingeplant!

Nun noch wie gewohnt ein Blick auf den Ergebnishaushalt. Hier haben wir rund 2 Mio. für Unterhaltungsmaßnahmen eingeplant. Der größte Teil fällt auf die allgemeine Unterhaltung. Ansonsten finden sich hier für das kommende Jahr überwiegend Fassaden- und Fenstersanierungen.

Mit Abstand größter Kostenblock im Ergebnishaushalt sind wieder die Personalkosten. Diese sind durch die neue Kindertagesstätte auf der Sohlhöhe um 1 Mio. Euro auf 7,9 Mio. Euro gestiegen.

Abschließend noch ein Blick auf den Schuldenstand. Die Stadt Neresheim hatte zum 01.01.2024 einen Schuldenstand von 336 Euro pro Kopf bei 8.051 Einwohner. Für den Neubau des Kindergartens mussten wir einen Kredit über 2 Mio. Euro aufnehmen, so dass der Schuldenstand zum 31.12.2024 voraussichtlich auf 548 Euro pro Kopf steigen wird. Im Vergleich zum Landesschnitt mit 1.500 Euro pro Kopf ist dies immer noch vergleichsweise wenig. Jedoch stehen mit der Härtsfeldschule und dem Breibandausbau große, aber notwendige Investitionen für das nächste Jahr an. Daher wird sich der Schuldenstand leider weiter nach oben entwickeln. Gleichzeitig investieren wird aber damit in unsere Infrastruktur, was dringend notwendig ist.

Am Ende meiner Rede möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Neresheim bedanken. Mein besonderer Dank gilt der Kämmerei und insbesondere Frau Niegel für die Aufstellung des Haushalts.

Ebenso danke ich den Gemeinderäten, Ortsvorstehern, Vereinen und Ehrenamtlichen für ihren unermüdlichen Einsatz für die Stadt Neresheim. Mein Dank gilt auch allen Gewerbetreibenden und Unternehmern für die Standorttreue und die gute Zusammenarbeit.

Ich wünsche uns nun gute, sachliche und erfolgreiche Haushaltsberatungen.“

Im Anschluss daran erläuterte Stadtkämmerin Niegel den Haushaltsplanentwurf:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Häfele, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen heute den Entwurf des Haushaltsplans 2025 detailliert erläutern. Vorab möchte ich aber noch kurz einige Worte zum weiteren Ablauf des diesjährigen Haushaltsplanverfahrens verlieren. Nach der heutigen Einbringung werden wir den vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2025 in der Gemeinderatssitzung am kommenden Mittwoch, also am 04.12.24,

öffentlich beraten. In dieser Sitzung können die Fraktionen ihre Haushaltsreden halten und Anträge stellen, über die im Anschluss beraten und abgestimmt wird. Somit dürfte es uns gelingen, den Haushaltsplan 2025 am 16.12.2024 und damit noch vor dem Jahreswechsel zu verabschieden.

Werfen wir zunächst einen Blick auf den Ergebnishaushalt 2025. Dieser schließt im Entwurf mit rund 28,1 Mio. € bei den ordentlichen Aufwendungen ab. Die ordentlichen Erträge belaufen sich auf rund 25,3 Mio. €. In der Folge schließt das geplante ordentliche Ergebnis mit einem Defizit in Höhe von rund 2,8 Mio. € ab (im Vorjahr rund -3,5 Mio. €). Es gelingt uns also auch im Jahr 2025 nicht, den Ergebnishaushalt auszugleichen. Immerhin können wir dieses Jahr sagen, dass sich das geplante ordentliche Ergebnis im Vergleich zu den Vorjahren nicht weiter verschlechtert hat, vielmehr hat es sich um rd. 690.000 € verbessert. Dies ist vor allem auf die zeitverzögerten Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleichs zurückzuführen.

Für die Aufstellung jedes Haushaltsplans ist der Teilhaushalt 6 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ von entscheidender Bedeutung, da dieser den finanziellen Rahmen für alle anderen Teilhaushalte und damit den Haushaltsplan insgesamt vorgibt. Hier werden die wichtigsten Steuern und Abgaben der Stadt Neresheim veranschlagt. Das allgemeine Gesamtsteueraufkommen im Haushaltsjahr 2025 erreicht momentan mit rund 17,9 Mio. € einen sehr hohen Stand. Die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich stellen hierbei die größte Einnahmequelle der Stadt Neresheim dar.

Die im Etatentwurf enthaltenen Werte wurden anhand des Haushaltserlasses und der Orientierungsdaten des Landes Baden-Württemberg berechnet. In diesen Berechnungsgrundlagen wurden die Ergebnisse der bundesweiten Oktober-Steuerschätzung für das Jahr 2025 bereits berücksichtigt. Diese fand vom 22.-24. Oktober 2024 statt. Das heißt, dass die weiteren Unsicherheiten und Unwägbarkeiten, die sich etwa aus den Wahlen in den USA oder dem Bruch der Ampel-Koalition in der Bundesrepublik ergeben können, bislang noch keine Berücksichtigung gefunden haben.

Gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2024 haben sich die Wachstumserwartungen der deutschen Wirtschaft nochmals verschlechtert, sodass die Bundesregierung im laufenden Jahr 2024 nunmehr von einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,2 % ausgeht. Bisher war mit einem Wachstum von 0,3 % gerechnet worden. Somit schrumpft die deutsche Wirtschaftsleistung nach einem realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts 2023 um 0,3 % das zweite Jahr in Folge. Für die Jahre 2025 und 2026 geht das Ministerium von leicht verbesserten Wachstumsaussichten aus. Für die darauffolgenden Jahre wurden die Wachstumserwartungen jedoch wieder nach unten korrigiert. Die Bundesregierung geht davon aus, dass insbesondere der private Konsum die wirtschaftliche Dynamik stützen wird. Perspektivisch sei auch mit stärkeren außenwirtschaftlichen Auftriebskräften zu rechnen, wodurch Exporte profitieren würden. Gleichzeitig wird derzeit auf Bundesebene im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 debattiert, wie die deutsche Wirtschaft für die kommenden Jahre unterstützt werden könnte. Inwiefern diese Bestrebungen in den nächsten Monaten mehrheitsfähig und umsetzbar sind, wird sich noch zeigen.

Trotz dieser getrübbten Aussichten ist insgesamt, und damit auch auf kommunaler Ebene, mit steigenden Steuereinnahmen zu rechnen. Zwar fallen diese moderater aus, als noch im Mai prognostiziert, aber vor den genannten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist dies sicherlich positiv zu werten.

Das aktuell im Haushaltsplan dargestellte Gesamtsteueraufkommen setzt sich wie folgt zusammen: Die für die Stadt wichtigste eigene Einnahmequelle ist die Gewerbesteuer. Erfreulich ist, dass die Ergebnisse der Vorjahre mit deutlich über 4 Mio. € konstant geblieben sind. Da auch der aktuelle Buchungsstand im laufenden Jahr 2024 aktuell 4,7 Mio. € beträgt, wurde die Prognose für das Haushaltsjahr 2025 nochmals um 150.000 € höher angesetzt als im Vorjahr. Wir rechnen derzeit mit Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 4,4 Mio. €. Bei Ermittlung des Planansatzes wurde von einem gleichbleibenden Hebesatz von 370 Prozent ausgegangen. Das Aufkommen aus Grundsteuer A und B wird wie in den Vorjahren mit insgesamt rd. 1,1 Mio. € veranschlagt. Aufgrund der Grundsteuerreform sind hier die Hebesätze zum 01.01.2025 neu festzusetzen. Dies steht heute im weiteren Verlauf des Abends auch noch zur Beschlussfassung im Gremium auf der Agenda. In den Vorberatungen zu den neuen Hebesätzen hat sich

herauskristallisiert, dass sowohl der Verwaltung als auch dem Gemeinderat wichtig war, dem Gebot der aufkommensneutralen Steuererhebung nachzukommen. Das bedeutet, dass die Grundsteuerreform nicht als Argument für die Generierung von Mehreinnahmen bei der Stadt verwendet werden soll. Eine deutliche Erhöhung der Hebesätze, die auf die neuen Bemessungsgrundlagen angewendet werden, ist aber notwendig, um die bisherigen 1,1 Mio. € überhaupt vereinnahmen zu können. Würden die bisherigen Hebesätze von 380 bzw. 400 Prozent weiterhin angewendet, würde dies Mindereinnahmen von rd. 215.000 € verursachen. Aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und dem Familienleistungsausgleich erhalten wir insgesamt voraussichtlich rund 6,05 Mio. € und damit ca. 222.000 € mehr als im Vorjahr. Diese Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Bundesregierung anwachsende Löhne um bis zu 7,7 Prozent erwartet, was das größte Wachstum seit dem Jahr 2015 darstellt. Bei der Umsatzsteuer ist im Vergleich zum Vorjahr mit geringfügigen Mindereinnahmen in Höhe von 27.000 € zu rechnen.

An Schlüsselzuweisungen können 2025 rund 5,7 Mio. € erwartet werden. Im Vergleich zum Jahr 2024 schüttet das Land damit rd. 1,17 Mio. € mehr an die Stadt Neresheim aus. Zurückzuführen ist diese Entwicklung darauf, dass das für die Berechnung des Finanzausgleichs zugrunde gelegte zweitvorangegangene Steuerjahr 2023 schlechter verlief als das Steuer-Rekordjahr 2022. Dadurch ergibt sich für das Jahr 2025 eine deutlich geringere eigene Finanzkraft, die im landesweiten Vergleich ohnehin immer sehr niedrig ist. Auch im kommenden Jahr ist der rechnerische Bedarf der Stadt wieder größer als ihre Steuerkraft. 2025 kann sich die Stadt Neresheim sogar wieder als „Sockelgarantiegemeinde“ bezeichnen, das heißt, dass sie aufgrund ihrer großen Finanzschwäche zusätzlich zu den regulären Schlüsselzuweisungen Mehrzuweisungen aufgrund mangelnder Steuerkraft erhalten wird. Die Zuweisungen aus dem Verkehrslastenausgleich und die Entschädigung nach Gemarkungsfläche werden in konstanter Höhe erwartet.

Diesen großen Einnahmepositionen stehen wieder sehr hohe Umlagen mit insgesamt rund 8,25 Mio. € entgegen, 158.000 € weniger als im Vorjahr (8,41 Mio. €).

Dies wird durch denselben Effekt wie bei den Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen begünstigt: Auch die Berechnungen der Finanzausgleichsumlage und der Kreisumlage fußen auf der niedrigeren Steuerkraft des Jahres 2023. Während wir auf der einen Seite Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich erwarten können, müssen gleichzeitig niedrigere Umlagen an das Land bezahlt werden. Daher sinkt die Finanzausgleichsumlage im Vergleich zum Vorjahr um ca. 371.000 € auf rd. 2,89 Mio. €.

Die Mehrausgaben von rd. 200.000 € bei der Kreisumlage können im kreisweiten Vergleich vermutlich als moderat bezeichnet werden. Hier federt der Zeitverzug bei der Berechnung der Umlagen insbesondere die im Haushaltsansatz eingepreiste Erhöhung des Hebesatzes um 5,15 Prozentpunkte ab. Stellt man dem gegenüber, dass die Stadt aber bei einem gleichbleibenden Hebesatz insgesamt rd. 672.000 € weniger an den Kreis entrichten müsste, bleibt trotzdem zu betonen, dass auch für Neresheim die Auswirkungen nicht unerheblich sind. Abschließend schlägt noch die Gewerbesteuerumlage schlägt mit rund 416.000 € zu Buche.

In Summe können wir 2025 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich mit rd. 1,68 Mio. € mehr Erträgen aus dem kommunalen Finanzausgleich rechnen.

Folgende weitere Aufwendungen des Ergebnishaushalts stehen den ordentlichen Erträgen gegenüber: Den größten Posten auf der Ausgabenseite stellen die Personalaufwendungen dar. Diese wurden auf Basis des Stellenplans berechnet und belaufen sich auf insgesamt rund 7,92 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr mit rund 6,92 Mio. € sprechen wir hier von Mehrausgaben von 1 Mio. €. Ursächlich hierfür sind vor allem die zahlreichen Neueinstellungen für die neue städtische Kindertagesstätte und die tariflichen Steigerungen. Neben dem Betrieb der städtischen Kindertageseinrichtungen finanziert die Stadt in Form von laufenden Zuschüssen auch den Betrieb der weiteren Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen. 2025 werden die kirchlichen Einrichtungen mit voraussichtlich 2,3 Mio. € unterstützt. Für die Unterhaltung der zahlreichen städtischen Liegenschaften und des Infrastrukturvermögens stehen laut dem beiliegenden Haushaltsplanentwurf rund 2,08 Mio. € zur Verfügung. Bereits im Vorfeld wurden die vorgesehenen Maßnahmen in einer Klausurtagung des Gemeinderats detailliert besprochen und angesichts des hohen negativen ordentlichen Ergebnisses auf die am dringendsten notwendigen Instandsetzungsvorhaben reduziert.

Im Zusammenhang mit den städtischen Liegenschaften sind auch die Bewirtschaftungskosten anzuführen, die den Haushalt 2025 mit rund 1,03 Mio. € belasten. Die Abschreibungen wurden mit rd. 2,2 Mio. € angesetzt.

Eine große Rolle bei den laufenden Aufwendungen spielen auch die laufenden Zuschüsse an die Zweckverbände, insbesondere die an den Abwasserzweckverband Härtsfeld. Die laufenden Betriebsausgaben werden 2025 von der Stadt mit rund 881.000 € bezuschusst. Darüber hinaus wurden die weiteren Haushaltsansätze im Ergebnishaushalt seitens der städtischen Ämter sorgfältig geprüft und an die spürbaren Kostensteigerungen angepasst.

Mit Blick auf den Finanzhaushalt kann festgestellt werden, dass auch in diesem Haushaltsjahr der Ergebnishaushalt keine Mittel zur Finanzierung der ordentlichen Tilgung von Krediten oder der Investitionsmaßnahmen abwirft. Vielmehr ergibt sich aus dem laufenden Betrieb sogar ein Zahlungsmittelbedarf von 1,46 Mio. €, d.h. die Stadt kann die laufenden Ausgaben nicht durch die laufenden Einnahmen decken.

Diese Kennziffer sorgte bereits in den Vorjahren dazu, dass die Kommunalaufsicht die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts in Frage stellen musste, insbesondere da im Hinblick auf die Folgejahre hier keine Verbesserung ersichtlich ist.

Folglich muss das ambitionierte Investitionsprogramm der Jahre 2025 bis 2028 ausschließlich kreditfinanziert werden, wenn nicht ausreichend Einzahlungen aus Investitionstätigkeit wie Grundstückserlöse, Zuschüsse oder Beiträge entgegenstehen.

Das Investitionsvolumen 2025 umfasst 13,1 Mio. € an Auszahlungen und rund 8,8 Mio. € an Einzahlungen. Dabei wurden einzelne Maßnahmen, über deren Umsetzung bereits im Gemeinderat Beschluss gefasst wurde oder die bereits begonnen wurden, (teilweise) neu veranschlagt, wenn diese sich in den Vorjahren verzögerten oder der Zahlungsmittelabfluss erst im Jahr 2025 zu erwarten ist. Betrachtet man den mittelfristigen Finanzplan, erkennt man, dass bis zum Jahr 2028 nach derzeitigem Planungsstand 39,08 Mio. € investiert werden sollen.

Die größten Vorhaben der kommenden Jahre hat Herr Bürgermeister Häfele bereits in seiner Rede genannt, auf der folgenden Folie wurden diese zusammengefasst nochmals mit ihrem Investitionsvolumen dargestellt.

Die übrigen Vorhaben der mittelfristigen Finanzplanung können am Ende des vorgelegten Haushaltsplanentwurfs in tabellarischer Form eingesehen werden.

Aufgrund der hohen Investitionssummen in der mittelfristigen Finanzplanung ist die Stadt Neresheim für das Haushaltsjahr 2025 gezwungen, eine Kreditaufnahme von 6 Mio. € einzuplanen, die die laufenden Ausgaben der Folgejahre mit hohen Zins- und Tilgungszahlungen belasten werden. Positiv ist, dass die in 2024 eingeplante Kreditermächtigung in Höhe von 8,4 Mio. € trotz erheblicher Finanzierungsengpässe zum Jahresende bislang nur im Umfang von rd. 2 Mio. € in Anspruch genommen werden musste. Daher können wir voraussichtlich mit einem Schuldenstand von rund 4,38 Mio. € in das Haushaltsjahr 2025 starten, was für die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltsplanes mit entscheidend ist. Unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgung von rund 300.000 € beläuft sich der voraussichtliche, rechnerische Schuldenstand bereits Ende des Jahres 2025 auf 10,1 Mio. €. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.260 €/EW.

Lassen Sie uns noch einen Blick auf die Entwicklung des Schuldenstands zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums 2028 werfen. Durch das Investitionsvolumen der kommenden Jahre war erforderlich, auch für die Folgejahre sehr hohe Kreditermächtigungen einzuplanen. Dadurch ergibt sich ein rechnerischer Schuldenstand von rund 19,3 Mio. € (2.411 €/EW) zum Ende des Jahres 2028.

Eigenbetrieb Wasserversorgung:

Nun möchte ich noch kurz auf die wichtigsten Eckdaten unseres Eigenbetriebs Wasserversorgung eingehen, beginnend beim Erfolgsplan.

Die einzige Einnahmequelle des Eigenbetriebs sind die Erlöse aus Wasserverkauf, die lt. dem vorgelegten Entwurf auf 1,43 Mio. € veranschlagt wurden. Hinzu kommen die Erträge aus der Auflösung von erhaltenen Investitionszuschüssen (60.000 €). Da der aktuell gültige Kalkulationszeitraum der Jahre 2023-2024 zum Jahresende ausläuft, arbeitet die Verwaltung derzeit

an der Neukalkulation der Wasserversorgungs- und Abwassergebühren. Die Jahre 2022 und 2023 unseres Eigenbetriebs werden lt. aktueller Hochrechnung defizitär, d.h. mit einem Verlust abschließen, weshalb vermutlich zumindest bei der Wasserversorgung mit einem höheren Gebührensatz ab dem 01.01.2025 zu rechnen ist. In diesem Fall ist insgesamt mit höheren Gebühreneinnahmen zu rechnen, weshalb der Planansatz rd. 130.000 € höher angesetzt wurde. Demgegenüber stehen Aufwendungen von insgesamt 1,42 Mio. €, was zu einem geplanten Gewinn von knapp 11.000 € führt.

Da auch der Eigenbetrieb 2025 kräftig investieren muss (*WL Baugebiet GWKN III, WL Heidenheimer Str., Ortsnetzerweiterung Dehlingen, WL Kössinger Straße, WL Hohlensteiner Straße*), ist es nicht verwunderlich, dass trotz Gebührenerhöhung auch für den Eigenbetrieb Kreditaufnahmen von rund 350.000 € veranschlagt werden müssen. Der Schuldenstand zum Jahresende 2025 wird sich dann voraussichtlich auf 1,88 Mio. € belaufen. Die eingeplante und genehmigte Kreditaufnahme aus dem Jahr 2024 in Höhe von 500.000 € musste nicht in Anspruch genommen werden. Vielmehr können wir voraussichtlich sogar noch ein Darlehen, dessen Zinsbindung zum Ende November 2024 ausgelaufen ist, noch in diesem Jahr ablösen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zwar sieht das Haushaltsjahr 2025 hinsichtlich des veranschlagten ordentlichen Ergebnisses aktuell besser aus als in den Vorjahren, dennoch besteht kein Grund zu größerer Euphorie. Mit einem ausgewiesenen Defizit von 2,8 Mio. € im Ergebnishaushalt sind wir, wie bereits in den Vorjahren, weit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt. Berücksichtigt man darüber hinaus nur die zahlungsrelevanten Vorgänge des laufenden Geschäftsbetriebs, stellt man fest, dass bereits dieser nachhaltig unterfinanziert ist und eine Liquiditätslücke von rd. 1,5 Mio. € aufweist. Wir können auch weiterhin die Tilgungszahlungen für bereits bestehende Darlehen nicht selbstständig erwirtschaften. Zudem haben wir bereits zum Jahresende 2024 keine eigenen Liquiditätsreserven mehr, über die wir diese Tilgungszahlungen oder gar Teile des ambitionierten Investitionspakets für die kommenden Jahre decken können.

Vielmehr haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung sehr hohe Kreditermächtigungen eingeplant, die bis Ende des Finanzplanungszeitraums die Verschuldung vervierfachen würden.

Diese Vorausrechnungen führen dazu, dass wir davon ausgehen müssen, dass die mittelfristige Finanzplanung im Genehmigungsprozess durch das Landratsamt wieder unter Vorbehalt gestellt wird.

Wir stehen in den nächsten Jahren nach wie vor vor großen finanziellen und personellen Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam stellen müssen.

Bei den anstehenden Projekten handelt es sich jedoch vorwiegend um Investitionen zur Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben – insbesondere um Investitionen in die Digitalisierung, die Bildung und Betreuung und somit in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen von Neresheim, weshalb diese ehrgeizig weiterverfolgt werden sollten.

Positiver Gestaltungsspielraum hinsichtlich eventueller freiwilliger Aufgaben ist auch in der mittelfristigen Finanzplanung weiterhin nicht zu erwarten, auch wenn sich die Verwaltung diesen vor allem für die neu gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gewünscht hätte.

Leider überschlagen sich aktuell die Ereignisse, die die Finanzausstattung der Kommunen beeinträchtigen und auf die die Stadt keine Einflussmöglichkeiten hat. Die Auswirkungen des Zensus, die Steuerschätzungen als Abbild der wirtschaftlichen Gesamtsituation, die Erhöhung der Kreisumlage insbesondere zur Finanzierung der Klinikdefizite, usw. nehmen der Stadt in erheblichem Umfang die finanziellen Ressourcen zur Bewältigung der anstehenden und stetig mehr werdenden kommunalen Aufgaben. Hinzu kommen die zusätzlichen Belastungen durch das hohe Niveau der Personal- und Sachaufwendungen.

Um für die Zukunft die nahezu erdrosselnde Wirkung der kontinuierlich anwachsenden laufenden Ausgaben abzumildern, gilt es, bei der Planung und Umsetzung der vorgesehenen Investitionsmaßnahmen nicht nur deren aktuelle Finanzierbarkeit sicherzustellen, sondern auch deren Folgekosten im laufenden Betrieb zu berücksichtigen.

Ich bin mir sicher, dass ich auch für Sie als Gremium spreche, dass unser mittelfristiges Ziel weiterhin sein muss, den Ergebnishaushalt auszugleichen und wir dieses Ziel konsequent weiterverfolgen werden. Nur wenn wir es schaffen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ertrag und Aufwand zu

erarbeiten, können wir unsere Aufgaben nachhaltig für unsere Bürgerinnen und Bürger erfüllen und dabei die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt aufrechterhalten.

Abschließend gilt mein Dank allen, die an diesem Haushaltsplanentwurf 2025 konstruktiv und engagiert mitgewirkt haben. Ganz besonders danken möchte ich dabei dem Team der Stadtkämmerei.

Vielen Dank.“

Bürgermeister Häfele bedankte sich nochmals bei Stadtkämmerin Niegel. Die Beratungen des Haushalts finden nun in der nächsten Sitzung am 04.12.2024 statt. Die Verabschiedung ist in der Sitzung am 16.12.2024 vorgesehen.

Grundsteuerreform:

a) Festsetzung eines neuen Hebesatzes für die Grundsteuer A und B ab 01.01.2025

b) Erlass einer Hebesatzsatzung

Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018 können die bisherigen Bewertungsregeln für die Grundsteuer nur noch bis zum 31.12.2024 angewandt werden. Das Land Baden-Württemberg hat im Zuge der Grundsteuerreform ein neues Landesgrundsteuergesetz erlassen. Die Finanzämter stellen demnach im ersten Schritt den Grundsteuerwert fest und erlassen hierzu einen Grundsteuerwertbescheid. Auf dieser Grundlage wird dann im zweiten Schritt der Messbetrag berechnet. Dieser wird dann mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Hebesatz multipliziert und über den Grundsteuerbescheid festgesetzt. Baden-Württemberg hat für das Grundvermögen ein modifiziertes Bodenwertmodell gewählt. Demnach sind Gebäudewerte auf den Grundstücken nicht relevant. Dies führt dazu, dass es keine Vergleichbarkeit mehr unter den Gemeinden gibt. Durch die Reform soll keine Erhöhung des Gesamtgrundsteueraufkommens entstehen, sog. Aufkommensneutralität. Für den einzelnen Steuerzahler wird es jedoch zu Veränderungen führen. Auf Basis der aktuellen Berechnungszahlen ergibt sich unter Berücksichtigung der Aufkommensneutralität ein Hebesatz in Höhe von 423 v.H. bei der Grundsteuer A (bisher 380) sowie 507 v.H. bei der Grundsteuer B (bisher 400). Empfohlen wird die Festsetzung künftig über eine Hebesatzsatzung und nicht mehr über die Haushaltssatzung.

Bürgermeister Häfele bedauerte die Umstände, jedoch lasse sich die Reform nicht umgehen. Hierüber habe man die Bürger auch ausführlich in den Einwohnerversammlungen informiert und die Hintergründe erklärt. Er betonte, dass der Stadt Neresheim nicht an einer Steuererhöhung gelegen ist, weshalb der Hebesatz auch auf den rechnerisch ermittelten Wert festgesetzt werden solle und nicht aufgerundet.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die vorgenannten aufkommensneutralen Hebesätze ab 01.01.2025 in Form einer neuen Hebesatzsatzung (s. öffentliche Bekanntmachungen).

Anpassung des kalkulatorischen Zinssatzes für kostenrechnende Einrichtungen und die Gebührenkalkulation

Der kalkulatorische Zinssatz stellt eine wichtige und gesetzlich vorgeschriebene Kennzahl bspw. bei der Kalkulation von Gebühren dar und ist vom Gemeinderat festzulegen. Dabei handelt es sich um die kalkulatorische Verzinsung des Anlagekapitals. Gemäß der geltenden Rechtsprechung gilt ein Mischzinssatz aus einem Eigen- und Fremdkapitalzinssatz als angemessen. Der bisherige und seit 01.01.2017 geltende Zinssatz liege bei 4,0 %, so Steueramtsleiter Mayer in seinen Erläuterungen. Eine Neuberechnung ergibt eine durchschnittliche Verzinsung des Fremdkapitals in den letzten 30 Jahren mit 4,9 % sowie des Eigenkapitals auf 3,0%. Seitens der Verwaltung wird deshalb im Interesse einer gleichmäßigen Gebührenbelastung eine Aufrundung auf 3,5% vorgeschlagen. Dadurch ergeben sich für die betroffenen Einrichtungen ab dem Haushaltsjahr 2025 niedrigere Kosten, wodurch entsprechend günstigere Gesamtergebnisse zu erwarten sind. Der Gemeinderat stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu und setzte auf Grundlage der vorgelegten Kalkulation den kalkulatorischen Zinssatz ab 01.01.2025 auf 3,5% einstimmig fest.

Fortschreibung Flächennutzungsplan 2040 der Stadt Neresheim

Stv. Bauamtsleiterin Kurz erinnerte an die öffentliche Vorberatung in der letzten Sitzung des Gemeinderats am 23.10.2024. Hier hatte der von der Stadt Neresheim beauftragte Planer Herr Niklas Musić vom Büro G+H Ingenieurteam den aktuellen Planungsstand vorgestellt und der Gemeinderat einstimmig einen Empfehlungsbeschluss gefasst. Der Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauleitplan dient als Leitfaden, an welcher Stelle künftig bestimmte Nutzungen in einem bestimmten Umfang untergebracht werden können und schafft damit die Grundlage für spätere Planungsstufen. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen dient er als verbindliches Programm, von dem nicht ohne Änderungsverfahren abgewichen werden darf. Der aktuell wirksame FNP wurde am 08.11.2000 genehmigt und soll nun fortgeschrieben werden. Damit beinhaltet er die künftigen Nutzungen, die in den nächsten 10-15 Jahren entstehen sollen. Gegenüber der letzten Sitzung hat sich nur im Bereich der Neuausweisung von Flächen in Stetten eine Änderung ergeben. Diese sind um ein geplantes Wohnbaugebiet erweitert worden. Damit steigt die effektive Neuausweisung in Stetten von 1,32 ha auf 1,83 ha an, so Frau Kurz in den weiteren Erläuterungen. Der Gemeinderat fasste einstimmig den Aufstellungsbeschluss und billigte den Vorentwurf. Zugleich beschloss er die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB.

Bebauungsplanverfahren "Lohbühl" in Neresheim-Ohmenheim im Regelverfahren

Auch hier erinnerte Stv. Bauamtsleiterin Kurz an die letzte Sitzung des Gemeinderats am 23.10.2024. Hier hatte die von der Stadt beauftragte Planerin Frau Klein vom Büro stadtlandingenieure GmbH aus Ellwangen die Planungen sowie Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie der Behörden und auch Privatpersonen einzeln samt Abwägungsvorschlag vorgeschrieben, welche aus der Auslegungsfrist vom 23.11.2023-15.12.2023 eingegangen waren. In Ohmenheim soll bedarfsorientiert ein Neubaugebiet für 12 Wohnbauplätze für Ein- und Doppelhäuser sowie ein Grundstück für ein Mehrparteienhaus mit mind. 8 Wohneinheiten entstehen. Das Plangebiet umfasst ca. 1,9 ha.

Ortsvorsteherin Baum informierte über die Beratung im Ortschaftsrat Ohmenheim in der letzten Sitzung am 21.11.2024. Hier hatte der OR den Planungen so zugestimmt. Aus der Bevölkerung wurde die Errichtung eines Fußwegs Richtung Lohbühlkapelle angeregt. Dies werde im nächsten Verfahrensschritt mit eingebunden, so Stadtbaumeisterin Ramsperger.

Stadtrat Schill erinnerte daran, dass er Bedenken hinsichtlich der vorgeschriebenen Erdgeschoss-Fußbodenhöhen (EGFH) geäußert hatte, die allesamt tiefer liegen als das Straßenniveau. Auch dies werde nochmals im weiteren Verfahren überprüft, versicherte Stadtbaumeisterin Ramsperger.

Der Gemeinderat beschloss schließlich einstimmig das Ergebnis der Abwägung zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit eingegangenen Anregungen, Bedenken und Stellungnahmen. Ebenso billigte er den Entwurf mit Begründung und den zugehörigen örtlichen Bauvorschriften jeweils in der Fassung vom 27.11.2024. Die Verwaltung wurde mit der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB beauftragt.

Baugesuche

Den folgenden Bauvorhaben wurde teilweise unter Auflagen, Hinweisen oder Befreiungen von den Festsetzungen des jeweiligen Bebauungsplanes und vorbehaltlich der Zustimmung des Ortschaftsrates zugestimmt:

1. Nachrüstung von Stromspeichern und Niederspannungsverteiler für eine bestehende Photovoltaik-Freiflächenanlage in Neresheim, Hinterer Riegel
2. Aufstellen eines Containers in Elchingen, Hohenloher Weg
3. Errichtung eines Autostellplatzes in Neresheim, Wohngebiet Kössinger Siedlung

4. Veränderte Ausführung des geplanten Werkstattgebäudes der Samariterstiftung in Neresheim mit geänderter Inneneinteilung
5. Umbau eines bestehenden Bauernhauses zu drei Wohneinheiten in Ohmenheim, Untere Straße
6. Neubau einer Lager-/Montagehalle und Bürogebäude mit Sozialräumen in Elchingen im Gewerbegebiet Reichertstal.

Genehmigung Spenden

Der Gemeinderat stimmte einstimmig den Spenden der Marien Apotheke Neresheim in Höhe von jeweils 200 Euro an die Städt. Kitas in Ohmenheim, Dorfmerkingen und Schweindorf zu.

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Bürgermeister Häfele gab aus der Sitzung des Gemeinderats am 23.10.2024 die Verkürzung der Probezeit sowie Verbeamtung auf Lebenszeit eines städt. Beamten zum 01.11.2024 bekannt. Ebenso wurde einer Beförderung im Beamtenbereich zum 01.05.2025 von A 10 nach A11 zugestimmt.

Ferner wurde eine Zuteilung eines Wohnbauplatzes im Neubaugebiet „Großkuchener Weg Nord III“ in Elchingen beschlossen.

Bürgermeister Häfele gab eine Kreditaufnahme in Höhe von 1,99 Mio Euro zur Finanzierung des Kita-Neubaus in Neresheim bekannt.

Verschiedenes, Bekanntgaben, Anfragen

1.) Stadtkämmerin Niegel informierte über die Verabschiedung des Jahressteuergesetzes 2024 durch den Bundestag, welchem der Bundesrat am 22.11.2024 zugestimmt hat. Dieses sieht insbesondere eine Verlängerung der Übergangsregelung zur Anwendung des § 2b Umsatzsteuergesetzes um weitere 2 Jahre bis einschließlich 31.12.2026 vor. Demnach bleiben bei der Stadt Neresheim bis auf Weiteres nur die Betriebe gewerblicher Art umsatzsteuerpflichtig. Alle anderen privatrechtlichen Leistungen der Stadt Neresheim bleiben für weitere 2 Jahre von der Umsatzsteuer befreit. Die Umstellung wäre mit hohen Herausforderungen und Änderungen verbunden. Insbesondere betroffen wären davon auch die Kameradschaftskassen der Feuerwehr-Abteilungen.

2.) Stadtbaumeisterin Ramsperger informierte über eine Ersatzbeschaffung eines Sprinters für den Baubetriebshof. Der bestehende Sprinter ist 16 Jahre alt und hat aufgrund des täglichen Einsatzes einen km-Stand von 225.000 km. Im Haushaltsplan 2024 stehen 30.000 Euro hierfür zur Verfügung. Die Fa. Abel+Ruf GmbH aus Nördlingen gab das günstigste von 3 eingeholten Angeboten mit einem Preis von 42.000 Euro ab. Das Alt-Fahrzeug soll über die Plattform „Zoll-Auktion“ im Jahr 2025 verkauft werden, wofür eine Einnahme mit ca. 10.000 Euro angedacht sei.

3.) Bürgermeister Häfele freute sich, dass am 22.11.2024 das MLF (Mittleres Löschfahrzeug) für die FFW Abtl. Ohmenheim angeliefert wurde, für welches 380.000 Euro investiert wurden. Die offizielle Fahrzeug-Einweihung erfolgte am 06.04.2025.

4.) Stadtrat Schrezenmeier lobte die hervorragende Organisation der Aufstellung eines Weihnachtsbaums aus dem Stadtgebiet in der Hauptstadt Berlin vor der Landesvertretung Baden-Württemberg. Die Stadt Neresheim habe sich mit dem Angebot regionaler Spezialitäten sowie der musikalischen Begleitung durch die Original Härtsfelder Musikanten des MV Dorfmerkingens an der feierlichen Eröffnung bestens präsentiert. Eine große Delegation aus Bürgermeister, Gemeinderat und Verwaltung sowie des Musikvereins war nach Berlin angereist und konnte die geladenen Gäste (Abgeordnete des Bundestags, Botschafter der benachbarten Länder) beeindrucken. Bürgermeister Häfele bedankte sich für die anerkennenden Worte und sprach von einem besonderen Highlight im Heimattagejahr 2024.